

**Protokoll: Fachaustausch „Kinderrechte im Verwaltungshandeln –
Ziele, Aufgaben und Rollenverständnis von Kinder- und
Jugendinteressenvertretungen“**
am 29. und 30.06.2017 in Potsdam



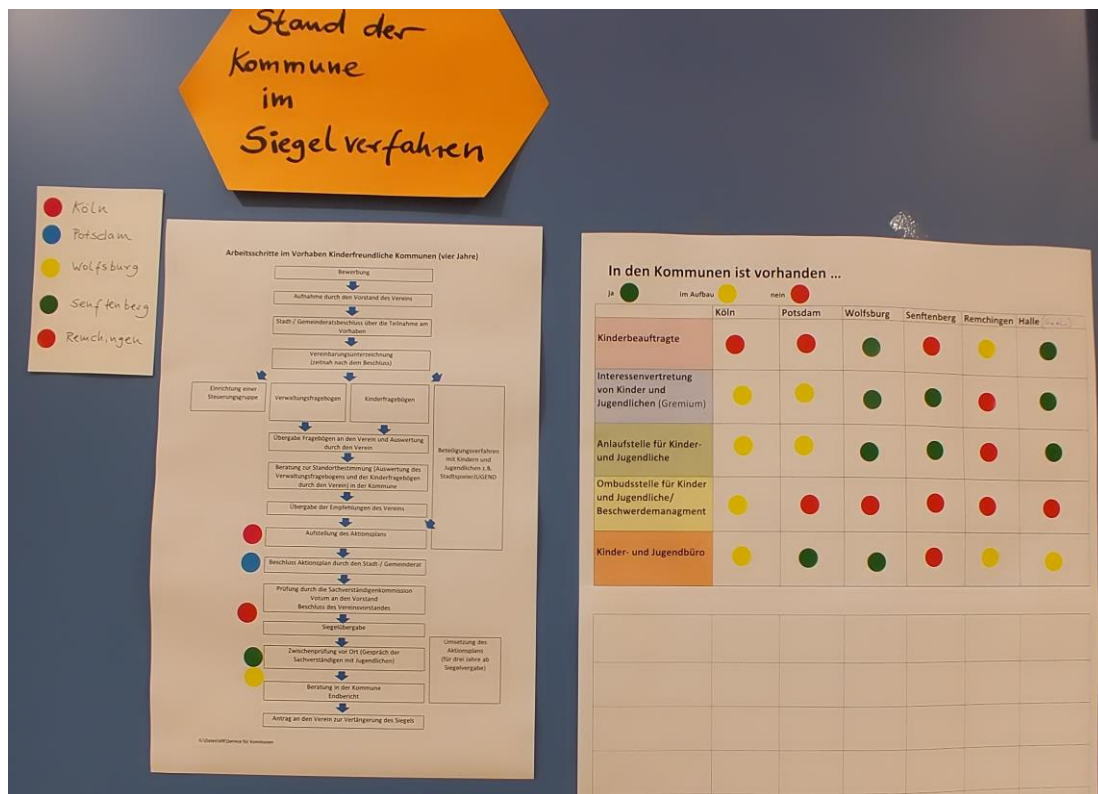
Teilnehmer*innen:

Birgit Ukrow	Potsdam: Fachbereich 35 – Kinder, Jugend und Familie
Manuela Neels	Potsdam: Kinder- und Jugendbüro (Stadtjugendring Potsdam e.V.)
Kristin Arnold	Potsdam: Kinder- und Jugendbüro (Stadtjugendring Potsdam e.V.)
Friderike Csaki	Berlin: Verein „Kinderfreundliche Kommune“ (Do)
Nele Laudahn	Berlin: Verein „Kinderfreundliche Kommune“ (Fr)
Katrin Binius	Wolfsburg: Kinderbeauftragte der Stadt Wolfsburg
Angelika Böttcher	Wolfsburg: Kinder- und Jugendbüro, zuständig für Spielräume
Michaela Ungerer	Remchingen: Stabstelle „Kinderfreundliche Kommune“
Kathrin Hasenfuß	Remchingen: Stabstelle „Kinderfreundliche Kommune“
Nicole Günther	Senftenberg: Sachbearbeiterin Soziale Angelegenheiten
Reinhilde Biefang	Köln: Amt für Kinder, Jugend und Familie, Abt. Kinderinteressen und Jugendförderung
Mirko Petrick	Halle (Saale): Kinder- und Jugendbeauftragter
Katja Altenburg	Potsdam: Stadtjugendring Potsdam e.V. (Do Vormittag)
Sigrid Müller	Potsdam: Stadtverordnete Fraktion Die Linke, Jugendhilfeausschuss (Do Vormittag)

Tagesordnung:

- TOP 1: Begrüßung und Vorstellungsrunde
- TOP 2: Vorstellung KiJu-Beauftragter Halle
- TOP 3: Fragen aus den Kommunen
- TOP 4: Die 4 Strukturelemente kommunaler Kinderinteressenvertretungen
- TOP 5: Erfahrungsaustausch mit den Kommunen
- TOP 6: Fortsetzung Austausch (Fr)
- TOP 7: Verabredungen (Fr)

Donnerstag, 29.06.2017



Abfrage Stand der Kommunen im Siegelverfahren

TOP 1: Begrüßung und Vorstellungsrunde

Begrüßung der Teilnehmer*innen durch Katja Altenburg vom Stadtjugendring Potsdam e.V. im Haus der Jugend.

Begrüßung und Einführung in den Tagesablauf durch Birgit Ukrow vom Fachbereich Kinder, Jugend und Familie der Stadt Potsdam. Frau Ukrow weist auf den *neuen* Gesundheitsatlas von Potsdam hin und erläutert den Stand des Aktionsplans KfK. Die Unterausschüsse sowie der Hauptausschuss haben dem AP bis auf wenige Enthaltungen zugestimmt. Dem Stadtverordnetenbeschluss am 05.07.17 wird deshalb positiv entgegen geschaut.

Es folgt eine kurze Vorstellung aller Teilnehmer*innen und eine Information zum aktuellen Stand im Siegelverfahren (siehe Abbildung oben).

TOP 2: Vorstellung KiJu-Beauftragter Halle

Input von Mirko Petrick:

(seit 2011 hauptamtlich tätiger Kinder- und Jugendbeauftragter der Stadt Halle/Saale)
Einführung in die BAG-Standards zu Kinderinteressenvertretungen: in den Standards wurden ganz bewusst bestimmte Begrifflichkeiten vermieden, wie zum Beispiel „KiJu-Büro“, weil diese in Deutschland überall anders konzipiert seien / unterschiedlich heißen können. Die Standards sind mehr auf Strukturen als auf Inhalte ausgelegt, da letztere sehr von den jeweiligen Akteur*innen abhängen. Überhaupt stellen persönliche Haltungen von

Akteur*innen den entscheidendsten Faktor bei der Umsetzung von Maßnahmen im Bereich Kinderrechte dar.

In Halle gibt es neben dem KiJu-Beauftragten vier weitere Beauftragte: Gleichstellungsbeauftragte/r, Seniorenbeauftragte/r, Behindertenbeauftragte/r, Beauftragte/r für Migration und Integration.

Mit dem Weggang der ehemaligen Kinderbeauftragten Anfang 2003, welche seit 1993 im Dienst war, gab es keine/n direkte/n Beauftragte/n, die/der die Belange von Kindern und Jugendlichen als Hauptaugenmerk sah. Dies übernahm über viele Jahre das Kinderbüro Halle, welches bis 2006 existierte. Für den Bereich der Kinder- und Jugendbeteiligung gibt es seit 2001 eine Ansprechpartnerin und Moderatorin sowie gleichzeitig Begleiterin des halleschen Kinder- und Jugendrates, der im Ergebnis des 2. Kinderkongresses der Stadt Halle (Saale) am 09.11.2002 gegründet wurde, sowie seit 2015 auch des Stadtschülerrates. Seit Anfang Mai 2011 gibt es in der Stadt Halle (Saale) wieder einen hauptamtlich tätigen Kinder- und Jugendbeauftragten, basierend auf einem Stadtratsbeschluss vom November 2010 und zum damaligen Zeitpunkt angebunden im örtlichen Jugendamt und der Jugendamtsleitung unterstellt. Die Kommunikation aus dem Jugendamt heraus in andere Ämter gestaltete sich als schwierig.

Die Anbindung des KiJu-Beauftragten an den OB seit Dezember 2012 ist sehr gut. Dadurch können Gespräche mit Dezernent*innen ohne weitere Erlaubnis geführt werden, was sonst über komplizierte Hierarchien laufen würde. Streng genommen ist der OB der Vorgesetzte des KiJu-Beauftragten, praktisch kümmert sich der Grundsatzreferent des OB um die Beauftragten.

Arbeitsbereiche des KiJu-Beauftragten in Halle:

- Teilnahme an politischen Gesprächen
- soll kinder- und jugendfreundliche Prozesse koordinieren (wofür die tatsächlichen zeitlichen Ressourcen begrenzt sind)
- beratendes Mitglied im JHA
- Teilnahme an weiteren Ausschüssen ist möglich, zeitlich aber kaum realisierbar

Der KiJu-Beauftragte arbeitet eng mit der *Moderatorin für KiJu-Beteiligung* zusammen. Man kann die Arbeitsteilung so beschreiben: er initiiert Maßnahmen und sie führt sie praktisch durch. Im Prinzip kann man die Zusammenarbeit als ein Tandem beschreiben.

Arbeitsbereich der hauptamtlich tätigen Moderatorin für KiJu-Beteiligung:

- begleitet alle Beteiligungsprozesse (mit KiJu) in Halle
- begleitet den Stadtschülerrat (seitdem diese Begleitung eingeführt wurde, läuft er viel besser und wird auch in der Kommunalpolitik mehr wahrgenommen, verlässliche Bindungen und Beziehungen sind hier die Grundlage)
- ist der Jugendamtsleitung unterstellt

Es soll ein sogenanntes Kompetenzzentrum für KiJu-Beteiligung auf Landesebene eingerichtet werden – es wird spannend, was sich daraus ergibt (im Koalitionsvertrag festgehalten, Entwicklung läuft gerade).

Die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und freien Trägern in Tandems ergänzen sich generell sehr gut in ihren jeweiligen Vor- und Nachteilen. So agieren Vereine im Gegensatz zur Verwaltung tendenziell schneller. Auch sind sie weniger an die Hierarchien in der Verwaltung gebunden und kommen so schneller in Kontakt mit der höheren Verwaltungsebene. Innerhalb der Verwaltung ist die Kommunikation jedoch leichter als Angestellter der Verwaltung.

Vorstellung von Instrumenten und Initiativen bzgl. Kinder und Jugendlicher in Halle:

Youth Bank Halle: ist ein Projekt des Kinder- und Jugendrates. Es gibt Kooperationsgespräche, um als eigenständiges Gremium zu fungieren und sich von der Zentrale in Berlin abzukoppeln.

HALLIANZ Jugendjury: In der Jugendjury sind Jugendliche zwischen 12 und 21 Jahren aus verschiedenen Jugendgruppen vertreten. Sie verwalten einen Jugendfonds (8.000 €) und werden hauptamtlich durch die Freiwilligenagentur Halle-Saalkreis begleitet. Diese Form der Begleitung hat den Vorteil, dass es bei Mitgliederwechseln nicht zu einer Versandung des Gremiums kommt. Weitere Infos unter: <http://www.hallianz-fuer-vielfalt.de/>

Familienverträglichkeitsprüfung: Die Familienverträglichkeitsprüfung ist ein verwaltungsinterner Prozess. Basierend auf einem Stadtratsbeschluss sowie auf einer Verwaltungsvorschrift, müssen alle Beschlussvorlagen, die die Lebensbereiche von Kindern, Jugendlichen und deren Familien tangieren und verändernd Einfluss nehmen auf familiäre Lebenskontexte, in dem entsprechenden Fachbereich auf „Familienverträglichkeit“ geprüft werden. Weiterhin müssen die Ergebnisse dem Stadtrat und seinen Ausschüssen in einem Worturteil in der Beschlussvorlage beschrieben werden. Aber: die Worturteile haben keine Veto-Kraft. Die Entscheidungen hängen immer noch von persönlichen Haltungen ab. Die Familienverträglichkeitsprüfung schätzt Mirko Petrick als ein zu überarbeitendes Instrument ein. Besonders schwer ist seine Wirksamkeit in Bauvorhaben zu entfalten, da diese mehrere Jahre andauern können.

Anlaufstelle für Kinder- und Jugendbeteiligung: Früher lagen die Beteiligungsgremien und das Büro des KiJu-Beauftragten räumlich weit auseinander. Inzwischen befinden sie sich gemeinsam in sehr zentralen Räumen in der Innenstadt, die auch gut von außen sichtbar sind. Hier gibt es Arbeitsplätze für den Kinder- und Jugendrat, den Stadtschülerrat, die Moderatorin für Kinder- und Jugendbeteiligung sowie den Kinder- und Jugendbeauftragten. Die Beteiligungsgremien können die Räumlichkeiten eigenständig nutzen und treffen sich hier regelmäßig (mitunter auch ohne erwachsene Begleitpersonen). Der KiJu-Beauftragte soll laut Stellenbeschreibung eine **Ombudsstelle** aufbauen – in der Praxis ist dies eher schwierig, da als Verwaltungsangestellter keine reale Unabhängigkeit besteht. Besser wäre es, die Ombudsstelle von einem externen Verein aufbauen zu lassen. Weiterhin ist die Definition von Ombudsstellen immer noch sehr schwammig. Es ist schwer, geeignete Stellen zu finden, von denen sie übernommen werden / an die sie angedockt werden können.

ISEK Halle 2025 (Integriertes Stadtentwicklungskonzept) und **NASE 2025** (Nachwuchs-Stadt-Entwickler):

ISEK Halle 2025: (<http://www.halle.de/de/Verwaltung/Stadtentwicklung/ISEK-Halle-2025/Integriertes-Stadten-07744/>)

NASE 2025: Ideenwettbewerb für Kinder und Jugendliche, an dem viele verschiedene Akteure mitgewirkt haben (<http://www.halle.de/de/Verwaltung/Stadtentwicklung/ISEK-Halle-2025/Nase-2025-Nachwuch-07974/>)

Jugend.Stadt.Labor: öffentlich gefördert durch das Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB). Infos: www.urban-aktiv.de

Spielplatzpatenschaften: Werden von ehrenamtlichen Erwachsenen, oft von Eltern, für einzelne Spielplätze übernommen. Der Mehrwert für die Paten ergibt sich aus folgendem: Prozesse werden schneller angestoßen / umgesetzt, da die Paten einen engen Draht in die Verwaltung hinein haben. Sie dürfen Veranstaltungen / Feste auf den Spielplätzen organisieren und müssen dafür nicht aufwändige Genehmigungen einholen. Sie bekommen einen Patenschafts-Ausweis, mit dem sie mehr Legitimation auf den Spielplätzen erfahren. (<http://www.halle.de/de/Verwaltung/Online-Angebote/Dienstleistungen/?RecID=1312>)

TOP 3: Themensammlung / Fragen aus den Kommunen (vorab gesammelt)

Remchingen:

- Wie kann man an praktischen Beispielen aufzeigen, dass die Anwendung der Kinderrechte im Verwaltungshandeln positive Auswirkungen für Kinder /Jugendliche hat?
- Wie kann die Verwaltung selbst davon profitieren?
- Wo ist der Mehrwert für alle Bürger?
- Wo sollte ein Kinder- und Jugendbüro im Rathaus verortet werden?
- Welche Öffnungszeiten sind sinnvoll?
- Gibt es gute Beispiele für Kinder- und Jugendbüros im ländlichen Raum?

Wolfsburg:

- Rolle des/r Kinderbeauftragten in politischen Gremien
- Stabsstelle Kinderbeauftragte/r vs. Einordnung in Linienorganisation
- Wie klappt es mit der ämterübergreifenden Zusammenarbeit in Bezug auf das Thema Beteiligung/Integration von Kinderrechten ins Verwaltungshandeln?
- Gibt es da regelmäßige Runden oder wie funktioniert die Abstimmung bei gemeinsamen Prozessen/Projekten?

Köln:

- praktische Projekte zur Jugendbeteiligung wie z.B. „Geld in die Hand von Jugendlichen“
- Organisation innerkommunaler Prozesse / Verwaltungshandeln mit Transparenz für Kinder und Jugendliche

Potsdam:

- Kinder- und Jugendbudget (Verortung, Verknüpfung, Verausgabung)
- Infoveranstaltung für Verwaltungsmitarbeitende zu den Kinderrechten

Katrin Binius (Wolfsburg):

Wie erfolgt die Überprüfung der Kommentare zur Beschlussvorlage?

Mirko Petrick: Gar nicht. Dazu fehlen die personellen Ressourcen. Weiterhin gibt es kein *Muss* als Folge der Kommentare. Allein der Kommentar an sich ist ein *Muss*. Einige Ämter können mit der Beschlussvorlage auch nichts anfangen und fragen direkt bei ihm. Beim Umgang mit den Beschlussvorlagen trifft wieder die Struktur auf (vs.) die persönlichen Haltungen. Die Informierung und Sensibilisierung der Verwaltung könnte aber diesbezüglich viel tun.

Birgit Ukrow (Potsdam): **Wie funktioniert die Youth Bank?**

Mirko Petrick: Die Youth Bank ist je nach Spendenvolumen mit einem festen Budget (ca. 5.000 Euro im Jahr) untersetzt. Es können Anträge gestellt werden für kleine Projekte in einer Höhe von 400 Euro (Aufstockung möglich).

Frage an den Verein: **Gibt es eine Definition von einem KiJu-Budget?**

Friderike Csaki (Verein KfK): Ein Budget/Etat, den Kinder und/oder Jugendliche selbst verwalten und über dessen Mittelvergabe sie entscheiden können. Alle Kinder und Jugendlichen sollten die Möglichkeit haben, ihre Projektideen zu beantragen.

Mirko Petrick: Die Sparkasse sowie das Familienministerium (Demokratie-leben -> siehe <http://www.hallianz-fuer-vielfalt.de/>) haben jeweils ein KiJu-Budget an Halle vergeben.

Weitere Kinder- und Jugendbeauftragte: Vom Frankfurter Kinder- und Jugendbüro koordiniert werden ehrenamtliche KiJu-Beauftragte in den einzelnen Stadtteilen Frankfurts. Weiterhin entwickelt Dresden gerade ein Konzept zu KiJu-Beauftragten.

Mirko Petrick lädt zu einem Fachtag im kommenden Jahr am 14./15. Juni 2018 in Halle (Saale) ein.

Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche

Mirko Petrick: Die räumliche Trennung zwischen der Anlaufstelle für KiJu und dem Rathaus in Halle ist ein Vorteil, da die Zugangsschwelle für KiJu so niedriger ist. Die Anlaufstelle sollte auch möglichst zentral sein, mit guter ÖPNV Anbindung, mit Cafés o.ä., mit Schaufenster etc. Gleichzeitig sollten die räumlichen Arbeitswege zum Rathaus kurz sein.

Reinhilde Biefang (Köln): in Köln gibt es einen mobilen Wagen als Anlaufstelle.

Mirko Petrick: im Rahmen des Jugend.Stadt.Labors gab es auch eine Bauwagen-Idee, die leider nicht umgesetzt werden konnte. Gerade in größeren Städten ist das aber eine tolle Idee. So kann man auch Stadtteil- oder Straßenfeste, Schulen oder andere Einrichtungen ansteuern.

Birgit Ukrow (Potsdam): Auch in Potsdam ist das gut denkbar für eine bessere Präsenz.

Manuela Neels (Potsdam): In Potsdam kommen kaum Kinder ins KiJu-Büro, deshalb sind die Mitarbeiter*innen aufsuchend und mobil. Insgesamt gibt es 18 KiJu-Clubs in Potsdam.

Katja Altenburg (Potsdam): Das KiJu-Büro teilt sich teilweise die Aufgaben eines KiJu-Beauftragten mit anderen Trägern. Dadurch haben aber nicht alle genügend Rechte / ein festes Standing in der Verwaltung und den Ausschüssen. Das Tandem zur „WerkStadt für Beteiligung“ (Beteiligung von Erwachsenen) funktioniert gut innerhalb und außerhalb der Verwaltung (<https://buengerbeteiligung.potsdam.de/kategorie/werkstadt>).

Ein KiJu-Beauftragter soll noch stärker in die Verwaltung hineinarbeiten.

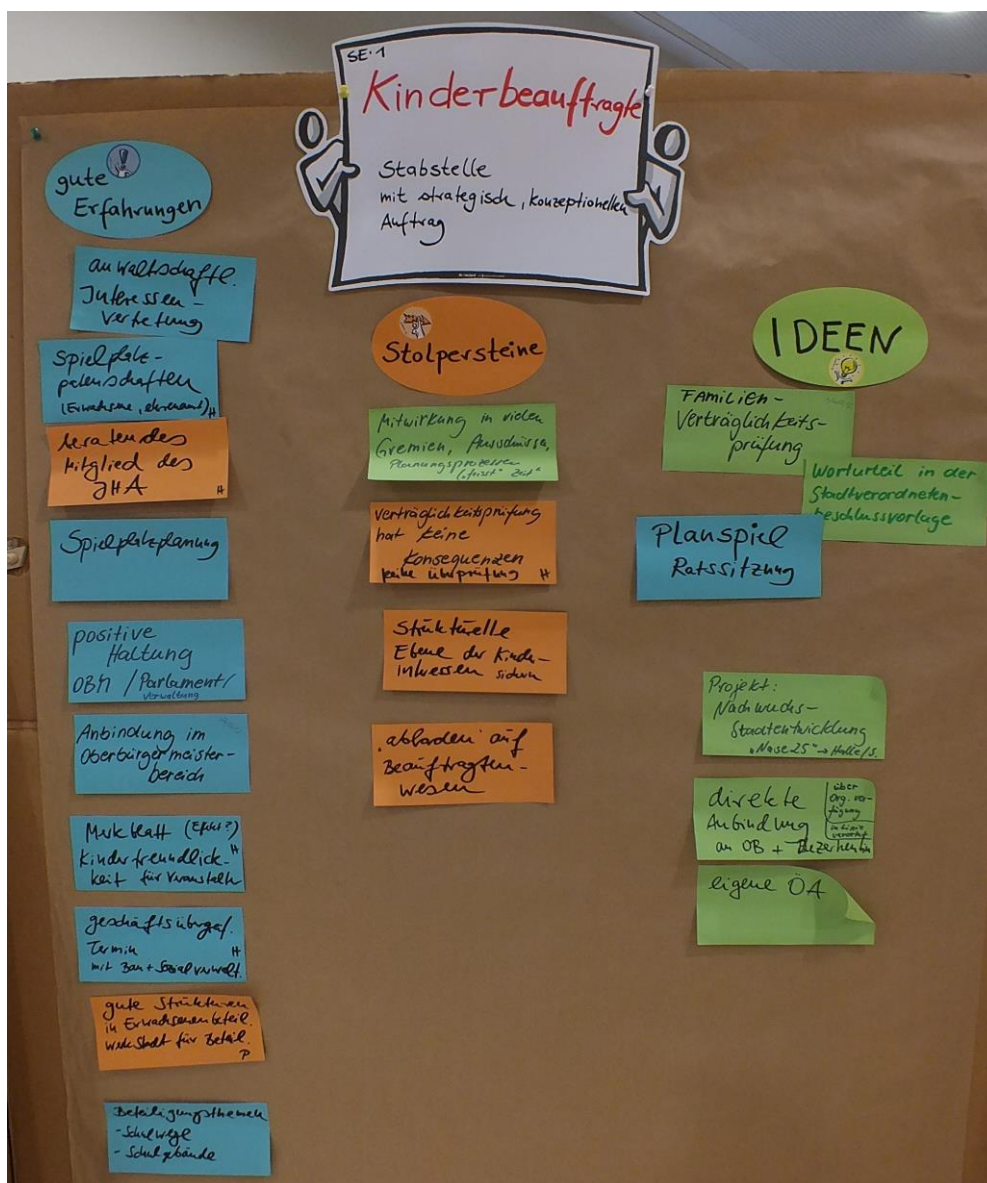
TOP 4: Die 4 Strukturelemente kommunaler Kinderinteressenvertretungen

Kurze Einführung in die 4 Strukturelemente:

- **Strukturelement I:** Stabsstelle / **Kinderbeauftragte/r** mit einem strategisch konzeptionellen Arbeitsauftrag
- **Strukturelement II:** **Interessenvertretung** von Kindern und Jugendlichen
- **Strukturelement III:** **Anlaufstelle** für Kinder und Jugendliche
- **Strukturelement IV:** Unabhängige **Ombudsstelle** für Kinder und Jugendliche und Beschwerdemanagement

TOP 5: Erfahrungsaustausch mit den Kommunen

Strukturelement I: Stabsstelle / Kinderbeauftragte/r



Gute Erfahrungen:

- Anwaltschaftliche Interessenvertretung
- Halle/Saale (S): Spielplatzpatenschaften (Ehrenamt, Kommunalpolitiker, Vereine...)
- Halle/S: Spielplatzplanungen
- Halle/S: positive Haltung OB / Parlament / Verwaltung
- Halle/S: Anbindung im OB-Bereich
- Halle/S: Merkblatt Kinderverträglichkeitsprüfung für Veranstalter (aber: Effekt?)
- Halle/S: geschäftsübergreifende Termine mit Bau- u. Sozialverwaltung
- Wolfsburg (WOB): hohe Anbindung und Zugänge zu allen Dezernaten/Fachbereichen
- eigene Öffentlichkeitsarbeit
- Halle/S + WOB: beratendes Mitglied im JHA
- Potsdam: gute Strukturen bei Erwachsenenbeteiligung („WerkStadt für Beteiligung, interne und externe Anbindung)
- Beteiligungsthemen: Schulwege, Schulgebäude

Stolpersteine:

- WOB: Mitarbeit/Haltung der anderen Dezernate, noch nicht hoch genug angebunden
- WOB: Mitwirkung in vielen Gremien, Ausschüssen, Planungsprozessen („frisst Zeit“)
- Halle/S: Verträglichkeitsprüfung hat keine Konsequenzen, keine Überprüfung
- strukturelle Ebene der Kinderinteressen sichern
- „Abladen“ auf Beauftragtenwesen
- Anbindung und Hierarchien

Ideen:

- Familienverträglichkeitsprüfung
- Planspiel Ratssitzung
- Worturteil in der Stadtverordnetenbeschlussvorlage
- Projekt: Nachwuchsstadtentwicklung (Halle Saale, „nase25“)
- direkte Anbindung an OB + Dezernenten, in Linie verortet, über Organisationsverfügung
- eigene Öffentlichkeitsarbeit

Strukturelement II: Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen (Gremium, Rat, Versammlung, Beirat, Forum, Parlament)

Gute Erfahrungen:

- Halle/S: hauptamtliche Begleitung vom Stadtschülerrat und Kinder- und Jugendrat
- Halle/S: beratende Stimme des Stadtschülerrates im Bildungsausschuss
- Halle/S: Jugendjury, Juryfonds (externe Mittel)
- Halle/S: Youthbank (Budget, <http://youthbank.de/>)
- Halle/S: Think big (<https://www.think-big.org/>)
- Halle/S: Stadtschülerrat einbinden
- WOB Kinderbeirat: Geschäftsordnung, max. 16 Kinder im Alter zwischen 9 und 12 Jahren, Beirat mit großer Altersspanne und hohe Mitgliederzahl, Werbung über Schulen (10.000 Flyer), für ein Jahr, monatliche Treffen, „Bottom up“-Projekte (z.B. Baum pflanzen, Müllsammelaktion), Bildung/Demokratie: Planspiel SVV-Sitzung, Information über Kinderrechte, Spielplatztests
- WOB: Kinder- und Jugendkommission, Unterausschuss des Jugendhilfeausschusses), 4x im Jahr
- WOB: Zusammenarbeit mit Schulen
- Senftenberg: Kinder- und Jugendparlament: seit 19 Jahren, neu: Alter 12 bis 25 Jahre, Juniorexperten: jüngere Kinder, 8-10 Jahre, zur Zeit 7 Kinder, Testphase seit 01/2017; Unterstützung der Schulen + Infos weiterleiten, 3000 € Budget, monatliche Treffen

Stolpersteine:

- Halle/S: hochschwellig
- WOB: Nachwuchswechsel im Kinder- und Jugendrat, unterschiedliche Altersgruppen, hohe Altersspanne und Anzahl
- WOB: Zeitmanagement/Stellenumfang: strategische Planung / Gremienarbeit vs. Praxis / Begleitung von Projekten
- Senftenberg: fehlende Zusammenarbeit mit dem Jugendamt

Ideen:

- Senftenberg: Juniorexperten
- Köln: externe Förderung über Stiftungen (z.B. Versorger, Land)
- WOB: Kinder- und Jugendkommission

Strukturelement III: Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche

Gute Erfahrungen:

- Halle/S: zentraler, gemeinsamer Sitz von Kinderbeauftragtem + Moderation für KiJu-Beteiligung + KiJu-Rat + Stadtschülerrat
- Halle/S: hauptamtliche Moderatorin für KiJu-Beteiligung im Jugendamt
- Halle/S: über Kinderrechte zu informieren
- Halle/S: Spielplatztester
- WOB: Kinder- und Jugendkommission
- WOB: hauptamtliche Mitarbeiterin der Verwaltung für Spielplatzplanung und -wartung (im KiJu-Büro)
- Potsdam: Beteiligungsworkshops, mit Schulklassen, Kindereinrichtungen...

Stolpersteine:

- Verwaltungsmitarbeitende müssen Hierarchien beachten (z.B. bei Pressearbeit)
- hochschwelliger Ort (z.B. in Verwaltung)

Ideen:

- Halle/Saale: Marktwagenmobil
- Halle/Saale: „Ladenlokal“
- Wolfsburg: Kinder beteiligen am „Spatenstich“ für mitgeplanten Spielplatz

Strukturelement IV: Unabhängige Ombudsstelle für Kinder und Jugendliche und Beschwerdemanagement

Gute Erfahrungen:

- Im Rahmen des Jugendamtes Beschwerdemanagement

Stolpersteine:

- Unabhängigkeit

Ideen:

- Kinderrechte-Anwalt
- Freier Träger mit kommunaler Unterstützung könnte diese Aufgabe übernehmen, z.B. Kinderschutzbund
- Beschwerden über öffentliche Missstände übernehmen auch Beauftragte und Anlaufstellen

Weitere Themen:

- Flächenknappheit und –konkurrenzen in großen Städten (Spiel- und Sportplätze, Sportvereine, Schulen, Kitas usw.)
- **Allgemeine Stolpersteine:**
 - Datenschutz, Hierarchie, Beteiligung ist an bestimmte Personen gebunden, keine Verbindlichkeit
 - fehlende Jugendamtsunterstützung für kleine engagierte Kommunen
 - fehlende Kolleg*innen für das Thema zum „kollegialen Austausch“ für Innovation
- Beteiligungspflicht im Landesgesetz festlegen, z.B. „8er Rat“: Pflichtbeteiligung der 8. Klassen in Baden-Württemberg
(zur Gesetzesumsetzung, <https://www.jugendnetz.de/projekt/8er-rat>)
- Stadtteil-/Bürgerfonds
- **Vorteile Beteiligung / Warum KiJu-Büro?/ Mehrwert für die Kommune:** Demokratieförderung, Generationengerechtigkeit, Kinderrechte bekannter machen, Mitverantwortung tragen, Selbstwirksamkeitserfahrung, Beachtung, Wertschätzung, Elternbildung, Stadtentwicklung, Identifizierung mit dem Erreichten, nachhaltige Akzeptanz der Ergebnisse, bedarfsgerechtere und gezieltere Planung und Verwendung finanzieller Mittel
- **Verein KfK Fortbildung für Verwaltungsmitarbeitende:** Angebot kostenfreier Workshopreihe (3x) und Planspiel für die Verwaltung für die teilnehmenden Kommunen im nächsten Jahr

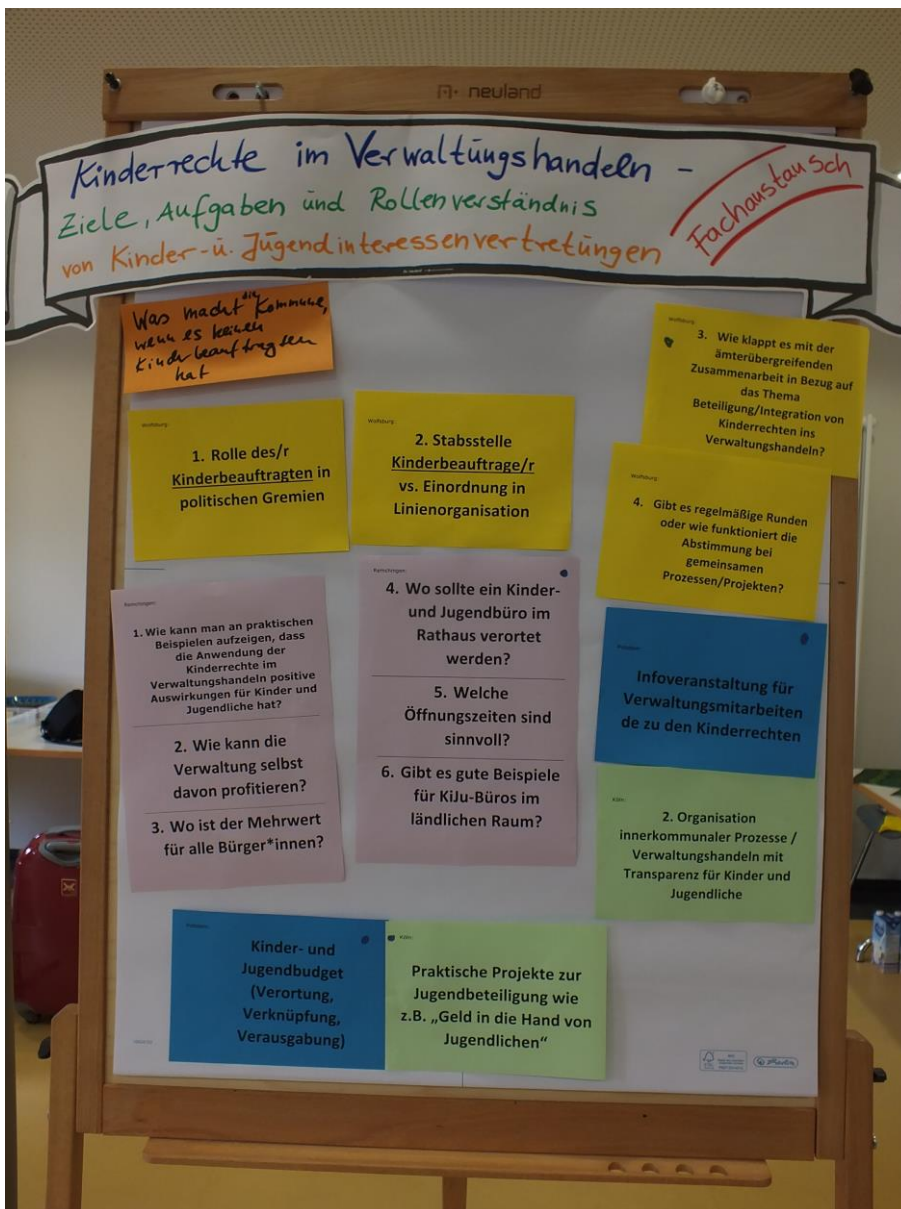
Freitag, 30.06.2017

TOP 6: Fortsetzung Austausch

TEIL I

- Potsdam: Info / Kurzfilm zum Projekt „Stadt der Kinder“, Bauspielaktion für Kinder zwischen 6 und 12 Jahren, zwei Wochen in den Sommerferien, nähere Infos auf <http://www.stadtderkinder-potsdam.de/>, Video zum Projekt: <https://vimeo.com/14139337>, Diskussion zu Besonderheiten, Elternzettel, Kinderschutzthema (alle erwachsenen Betreuer haben erweitertes Führungszeugnis)
- In Köln hat ein Jugendhaus auch das Bonner Stadt-der-Kinder-Projekt adaptiert und dazu gibt es aber weitere thematische Camps

Themensammlung und Fragen (siehe TOP 3):



Diskussion:

1. Anlaufstelle im Rathaus?

- grundsätzlich haben Kinder auch Interesse daran, wie ein Rathaus aussieht
- Gehen sie auch allein dahin?
- hängt ggf. von Größe des Hauses ab und der Verortung im Haus (möglichst niedrighschwellig)
- Anlaufstellen bei freien Trägern würden nicht ins Rathaus wollen (Potsdam sitzt im Haus der Jugend – das passt gut)
- wenn man auch Familien mit kleinen Kindern mit der Anlaufstelle erreichen will (Planung in Remchingen), kann der Ort RATHAUS synergetisch sein
- Remchinger Rathaus liegt gut eingebettet zwischen Kulturhaus und Freibad

2. Konzeptaustausch gewünscht

- Potsdam wünscht sich konkrete Ideendiskussion zu Beteiligungsprojekten
- Köln hat Konzept zum Skateraustausch und Beteiligung zu Trendsportarten
- Ablaufprozesse und Checklisten austauschen

3. Anbindung der Beauftragten

- Anbindung im Jugendamt in einer Abteilung behindert gute Ausstrahlung in andere Dezernate (da hilft auch keine Organisationsverfügung, dass man direkt mit der eigenen Dezernentin sprechen darf)
- im Arbeitsalltag ist es hinderlich (viele Chefetagen berücksichtigen)
- Anbindung im Jugendamt befördert aber auch die Erdung an die Zielgruppe
- man sollte sich den direkten Kontakt zur Zielgruppe und zu den Kolleg*innen der Jugendeinrichtungen organisieren

4. Ausbildung: Moderator*innen für Jugendbeteiligung

- Ausbildung als Moderator*innen zur Jugendbeteiligung organisiert die Stadt Wolfsburg selbst in der Volkshochschule (hauptfinanziert von Jugendförderung, andere Geschäftsbereiche geben kleinen Anteil)
- Ziel: für alle Geschäftsbereiche öffnen (große Methodenvielfalt)
- Wunsch, dass es für alle Jugendförderer verpflichtend wird bzw. aus jeder Jugendeinrichtung mind. einer
- Teilnehmer*innen werden anschließend in das Netzwerk für Jugendbeteiligung in Wolfsburg integriert
- Senftenberg bietet jetzt die Fortbildung mit der Fachhochschule Potsdam leicht minimiert an (für Verwaltung in Senftenberg und umliegende Gemeinden/Kommunen)

5. Netzwerke in der Verwaltung

- Potsdam hat AG Masterplan Bewegung und Spielen für Spielleitplanung, Sozialraumgestaltung mit Teilnehmer*innen aus vielen Fachbereichen
- Außerdem hat Potsdam zur Erstellung des Aktionsplanes zur Steuerungsgruppe zusätzlich eine Arbeitsgruppe mit verschiedensten Akteur*innen gegründet
- diese konnten konkret bei der Maßnahmenformulierung helfen (damit sie umsetzbar sind)
- WOB hat Gremium mit dem Netzwerk für Jugendbeteiligung

6. Aktionsplanumsetzung

- wenn man den Plan nicht selbst erstellt hat, dann ist es schwierig (teilweise auch schwer interpretierbar)
- WOB hat „Empfehlungen“ beschlossen, die nicht verbindlich sind
- Potsdam hat konkrete Ziele und Maßnahmen und sieht dies als verbindlich an

- Wie wird Verwaltung an der Aktionsplanumsetzung beteiligt?
- Berichte, Zwischenberichte
- je konkreter, desto besser lassen sich Aufgaben direkt weitergeben und eine verbindliche Abrechnung erreichen
- gibt immer noch unterschiedliche Haltungen einzelner Kolleg*innen in den Verwaltungen zum Thema BETEILIGUNG
- Matrix zur Prüfung von Planungen zu Konzepten/Bauvorhaben usw. wollen alle Kommunen
- Vision von Potsdam: Beauftragte/r sollte über alle Beschlussvorlagen schauen, die „kinderfreundlichkeitsrelevante“ Planungen beinhalten und prüfen, ob Beteiligung erfolgte

TEIL II (nach der Pause)

Feedbackrunde: (vorgezogen, da Remchingen früher gehen muss)

- Abfrage nach Themen vorab war gut, man musste sich sortieren und inhaltlich positionieren
- Erfahrungen (auch zu Hürden) anderer sind gut zu hören und helfen auch bei der eigenen Entwicklung
- es tut gut zu wissen, wo man bei Fragen unkompliziert anrufen kann ☺
- Thema PRESSEARBEIT muss noch in den Themenspeicher, denn die Bürger*innen haben oft andere Vorstellungen zu „Kinderfreundlichkeit“ – Presse berichtet lieber über den NEGATIVEN Blick der Bürger*innen ☹
- dickes Dankeschön an Gastgeber*innen (KiJu-Büro/SJR)
- viel Input, man kann vieles abschöpfen
- kleine Kommune hat Vorteile wegen der kurzen Wege
- Danke auch für das leckere Essen
- gut, dass man sich nun besser kennt und vertraut miteinander umgeht
- weiterer Dank für gute Vorbereitung und Begleitung
- man ist gern hier (trotz Regen)
- kleiner Rahmen ist sehr gut, um in die Tiefe zu diskutieren, das hat sehr viel Nutzen
- jeder sollte weiterhin gute Erfahrungen (Dokumente zu Kriterien ...) mitbringen, es muss ja nicht jeder ständig alles NEU erfinden
- auch die Erfahrungen aus Halle waren toll
- jetzt freuen wir uns auf Hanau und können da auch weiter sprechen
- Zeit war lohnenswert, auch mal Details angesprochen
- erste Austauschmöglichkeit war hilfreich und befruchtend (so sind gerade noch rechtzeitig Lücken im Aktionsplan Köln entdeckt worden)
- auch nochmal Dank für das leckere Essen
- Dankeschön, dass viele so einen weiten Weg auf sich genommen haben
- die Vorbereitungsaktivitäten waren dies auf jeden Fall wert
- warmer Empfang für die Neuen
- Moderation zusätzlich zum Mitsprechen ist nicht ganz leicht, aber tolle Gruppe
- besseres Kennenlernen ist super hilfreich
- jeder speist Erfahrungen ein, abschöpfen muss jeder selbst
- große Treffen haben oft die Redezeit stark eingegrenzt – schade ☹
- vielleicht gibt es auch dort Möglichkeit zu Arbeiten in Kleingruppen

7. Interessenvertretungen

- Kinderbeirat in **Wolfsburg** nur für Kinder
- WOB: Kinder- und Jugendkommission
 - ist ein Untergremium des Jugendhilfeausschusses von 14 bis 27 Jahren (gab es früher mal, aber viermal im Jahr ist zu wenig), daher als Unterausschuss neu belebt und mehr Termine geplant
 - Flyer an die Schulen gegeben (10.000 Stück), um Interessenten zu finden
 - Sitzungen immer an einem interessanten Ort
 - Themenwünsche mit ihnen ermittelt
 - Themenbeispiel „Jugendgerechte Informationen“ – im Worldcafé erarbeitet
- WOB: Die Wolfsburger Homepage finden die Jugendlichen nicht toll
- WOB: Jugendliche wollen einen spannenden jugendgerechten Newsletter + Blog
- Idee: Zusammenfassung der JHA-Sitzung „knackig“ veröffentlichen
- WOB: Youtube-Kanal fänden sie toll
- WOB: WhatsApp-Gruppe für die Jugendlichen hat WOB eingerichtet und sendet oft kurze Nachrichten, auch Fotos
- WOB: Form Parlament hat sich in Wolfsburg nicht gehalten
- WOB: Formate werden ausprobiert und dann muss man gucken, was man verstetigen kann und sie sind als Gremien miteinander vernetzt
- **Potsdam** (Pdm) bekam 2005 Stadtverordnetenbeschluss, ein Parlament zu bilden
- Pdm: KiJu-Büro/Stadtjugendring entwickelte ein Konzept ohne Parlament und stützt sich auf andere Formate (jahrelang Foren) und unterstützt Räte in Kinder-/Jugendeinrichtungen
- Pdm: aber oft wäre eine feste Gruppe hilfreich (gibt nur Stadtschülerrat)
- Pdm: vielleicht darf man auch etwas versuchen (mit der Option, auch scheitern zu dürfen)
- Pdm: für manche Themen ist ein feste Gruppe hilfreich (auch ohne Repräsentativität)
- Pdm: Problem Foren: Die Fragen müssen beantwortet werden und auch die Wünsche erfüllt/umgesetzt - Das war nicht mehr zu schaffen (viel Arbeit im Nachgang)
- Pdm: es ist oft unverständlich, wie lange Verwaltung braucht, um kleine Wünsche umzusetzen (Mülleimer aufstellen...)

8. Kinder- und Jugendbudget

- In **Wolfsburg** gibt es noch keins, aber 5.000 € Spende erhalten und 5 % vom Spielwertverbesserungsbudget eingeplant
- **Potsdam** hat im AKTIONSPLAN 30.000 € aufgeschrieben (das sind 1 € pro Kinder und Jugendlichen) – aber die (möglichst unkomplizierte) Verausgabung wird spannend
- es gibt in Potsdam auch Jugendkulturfonds (6000 €), dieser ist aber auch kompliziert und hat keine jugendgerechte Beantragung/ Verausgabung, nur auf Jugendkultur bezogen
- **Köln** hat ca. 38.000 € für Selbstverwaltung und will laut AKTIONSPLAN zusätzlich 45.000 €
- Köln: Kollege aus Jugendförderung hat in einem Stadtbezirk eine Ideensammlung und Priorisierung mit Jugendlichen dazu durchgeführt (Jugendforum)

- Köln: Verausgabung für Graffiti- und Hiphop-Workshops
- grundsätzlich ist Eigeninitiative kontraproduktiv, wenn sie auf Grund von „Umsetzbarkeit“ beschränkt werden in der Umsetzung von Projekten
- bei Misserfolg oder jahrelanger Verzögerung macht man ja keine guten Selbstwirksamkeitserfahrungen
- Köln hat Stadtteilbudgets für Vereine
- **Senftenberg** hat auch Summen für Kinder- und Jugendparlament und andere Beiräte und Vereine

9. Beteiligungsmethode Bürgerhaushalt

- ist eine „Scheinbeteiligung“, wenn man kein Budget für Umsetzung hat
- ist auch Beschäftigungsmaßnahme der Verwaltung und Gremien (macht viel Arbeit in der Bewertung und Kommentierung der Wünsche)
- **Senftenberg** hat noch Bürgerfonds zusätzlich, der verausgabt werden kann

Tipp: Praxiserfahrungen: selbstklebende Meta-Plan-Karten von Neuland! (z. B. <https://de.neuland.com/papier-zubehoer/moderationskarten/rechteck-karten-stick-it-300-stueck-farbig-sortiert.html?c=639>), Neuland macht auch Visualisierungskurse

TOP 7: Verabredungen

- Potsdam schickt auf Anfrage: Konzept KiJu-Büro, Gesundheitsatlas, Entwurf Matrix zur Prüfung von Planungen zu Konzepten/Bauvorhaben
- Köln schickt Anlage zur Abrechnung für Kinder- und Jugendbudget
- Ablaufprozesse und Checklisten austauschen (in Hanau möglich?)

Moderation: Birgit Ukrow, Manuela Neels, Kristin Arnold

Protokoll: Kristin Arnold, Birgit Ukrow, Friderike Csaki

